

Die Vorsitzende verwies auf die ausführliche Vorlage.

Ergänzend erläuterte KVD Clasen, dass die Zuständigkeit für die allgemeinen Schulen der Sekundarstufen grundsätzlich bei den Städten und Gemeinden angesiedelt sei. Das Schulamt des Kreises biete Unterstützung und, soweit gewünscht, notwendige Moderationshilfe an. Die kreisangehörigen Kommunen seien hierüber informiert.

Abg. Frohnhöfer teilte ergänzend zur Vorlage mit, dass die Gemeinden Much und Ruppichteroth inzwischen beabsichtigten, einen Antrag auf Errichtung einer Gesamtschule zu stellen.

Dezernent Wagner dankte für die Ergänzung und wies darauf hin, dass es sich um einen laufenden Prozess handle und der dargestellte Sachstand laufender Veränderung unterliege.

Abg. Otter entnahm der Vorlage, dass Hauptschulen aufgrund fehlender Schülerzahlen bereits geschlossen wurden oder in absehbarer Zeit geschlossen würden. Das Angebot des Kreises, die weitere Entwicklung der Schullandschaft zu begleiten und gegebenenfalls auch zu unterstützen, begrüße er sehr. Man solle jedoch noch weiter gehen und eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung anregen. Hierbei sei als ein Aspekt die Situation der Regelschulen zu berücksichtigen, als weiterer Aspekt müsse die Auswirkungen der Inklusion auf die Förderschulen im Kreisgebiet, auch auf die Förderschulen in Trägerschaft des Kreises, berücksichtigt werden.

Abg. Hauer teilte in Ergänzung zur Wortmeldung der Abg. Frohnhöfer mit, dass die Gemeinden Much und Ruppichteroth eine Kooperation für den Bereich der Sekundarstufe anstrebten. Hierzu fanden am 20.10.2011 in beiden Gemeinden Sitzungen der Schulausschüsse statt. Ein möglicher gemeinsamer Weg sei die Errichtung einer Gesamtschule.

SkB Pièla regte eine über die Bedürfnisse der einzelnen Kommunen hinausgehende Entwicklungsplanung an. Die regionale Bildungskonferenz 2009 habe bereits Handlungsfelder diagnostiziert, die nun abgearbeitet werden sollten. Hierzu gehöre auch, einen Konsens für die Region zu finden und gegebenenfalls zu aktualisieren.

Abg. Solf begrüßte den auf Landesebene erzielten Konsens, der die Vorstellungen und Wünsche der Kommunen vor Ort deutlich stärke und in den Vordergrund stelle. Hierzu sei allerdings stets ein Konsens mit den Nachbargemeinden notwendig. Der Kreis sei zunächst nur als Beobachter gefordert und könne erst in einem zweiten Schritt koordinierend tätig werden. Es bleibe abzuwarten, wie sich die reduzierten Anmeldezahlen auf die Bildung neuer oder die Bestätigung bestehender Schulen auswirkten.

Auf die Nachfrage der Abg. Owczarczak, inwieweit der Kreis zur Erzielung des notwendigen Konsenses unterstützend Personal für Beratung und Moderation einsetzen werde, bestätigte Dezernent Wagner, dass der Kreis den Kommunen für Moderation zur Verfügung stehe, wenn diese dies wünschten. Die Initiative hierzu müsse von den Kommunen ausgehen.

SkB Pièla verwies auf die bereits wahrgenommene Moderationstätigkeit des Kreises im Rahmen der ersten Bildungskonferenz. Diese könne wieder aufgenommen werden und mit neuen Aufgaben gefüllt werden.

Hierzu erläuterte Dezernent Wagner, dass es bei den bisherigen Bildungskonferenzen um Fragen der Übergänge zwischen Schulen und anderen Bildungseinrichtungen gegangen sei und nicht um Schulstrukturen. Ein weiteres Handlungsfeld sei die Bildung von Netzwerken. Hier sei man auf einem guten Weg. Das Eröffnen eines neuen Handlungsfeldes sei zum jetzigen

Zeitpunkt weniger sinnvoll. Zu berücksichtigen sei, dass anders als in kreisfreien Städten die Zuständigkeit für Schulstrukturen originär bei den Städten und Gemeinden liege.

Abg. Solf wies nochmals auf den erforderlichen Konsens zwischen den betroffenen Kommunen hin, der gesetzlich vorgesehen sei. Die hierzu beauftragte Bezirksregierung werde zur Entscheidungsfindung mit den Kreisen zusammenarbeiten.

Die Wünsche der Eltern sowie die Entwicklung der Schülerzahlen bewirke, so Abg. Otter, dass sich bezüglich der Schulstrukturen in den nächsten Jahren vieles verändern werde. Dieser Prozess solle intensiv vom Ausschuss und von der Verwaltung begleitet werden.

Ohne weitere Nachfrage nahm der Ausschuss die Vorlage zur Kenntnis.